

## Keinen weiteren Bericht zum Strom

**Stromversorgung** «Wie viel Strom verbraucht der Kanton Thurgau heute Morgen, wie viel Strom produziert er heute Morgen?», wirft der Frauenfelder GLP-Kantonsrat Stefan Leuthold im Grossen Rat die Frage auf. Die Antwort gibt er gleich selbst: «Im ganzen Kanton gibt es niemanden, der das weiss.» Es existierten 89 Energieversorgungsunternehmen (EVU) im Thurgau, obwohl es nur 80 Gemeinden gebe. Deshalb wollte er den Regierungsrat beauftragen, einen Bericht mit Auslegung und Massnahmenplan zu erstellen. Dieser soll aufzeigen, wie die aktuellen Strukturen im Bereich der Thurgauer Stromversorgung optimiert werden können. Im Speziellen sollen auch die Nachteile der heutigen Situation bezüglich der grossen Preisunterschiede, der Versorgungssicherheit und der Planbarkeit analysiert und konkrete Handlungsoptionen für die Zukunft aufgezeigt werden. Der Regierungsrat winkt ab, mit der Begründung, der Kanton habe so gut wie keine Befugnisse bei den EVU und ein weiterer Bericht würde keine neuen Erkenntnisse bringen. Das Parlament teilt die Auffassung der Regierung und lehnt den Antrag mit 82 Nein zu 37 Ja bei zwei Enthaltungen ab. (hs)

## Kein Ersatz für Steuerausfälle

**Kompensation** Die voraussichtliche Abschaffung der Liegenschaftsteuer führt bei den Thurgauer Gemeinden zu Steuerausfällen von rund 18,3 Millionen Franken, was je nach Gemeinde zwei bis vier Steuerprozent ausmacht. Als Kompensation fordert der Amriswiler FDP-Kantonsrat Gabriel Macedo mit drei weiteren Erst- und 33 Mitunterzeichnenden, dass der Kanton die Gemeinden neu oder verstärkt an der Handänderungssteuer und den Grundstückgewinnsteuern beteiligt. Der Regierungsrat spricht sich klar dagegen aus. Angesichts der düsteren Finanzaussichten des Kantons und der nicht weniger düsteren Aussicht, im Parlament eine Mehrheit für dieses Anliegen zu finden, wird die Motion zurückgezogen. (hs)

## Journal

### Thomas Leu ist neuer FDP-Fraktionspräsident

**Wahl** Am Mittwoch ist der 46-jährige Thomas Leu in der FDP-Fraktionssitzung zum Nachfolger von Anders Stokholm gewählt worden. (red)

## Gsaat isch gsaat

**«Sie sagten, das Problem liege irgendwo in der Mitte. Ich kann Ihnen versichern: Das ist nicht so.»**

Grossratspräsident Peter Bühler (Mitte) zu Kantonsrat Heinz Keller (SVP) in der Debatte zur kantonalen Steuerverwaltung.

# Finanzdirektor entschuldigt sich

Der Grosse Rat hat einen Nachtragskredit für die Aufstockung des Stellenetats in der Steuerverwaltung genehmigt.

Sabrina Bächli

Vielleicht hat es an den mahnenden Worten gelegen. Grossratspräsident Peter Bühler kennt seine Kantonsratskolleginnen und -kollegen und sorgt schon für Sittsamkeit, noch bevor die Schlammschlacht hätte ausbrechen können. Er rechnet mit harten Diskussionen, sagt er einleitend zur Ratsdebatte über einen Nachtragskredit für das Globalbudget der Steuerverwaltung. «Aber ich erwarte, dass man sich mehr auf Fakten denn auf Emotionen konzentriert.»

Bei allfällig despektierlichen Voten müsse er sonst eingreifen. Doch das Problem ist derart gross und drängend, dass sich im Grunde alle einig sind. Der Entscheid fällt nach etwas mehr als einer Stunde – ganz ohne Schlammschlacht. Die Ausgangslage ist allen klar. Hans Eschenmoser (SVP, Weinfelden), Präsident der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission (GFK), muss deshalb auch nicht detailliert darauf eingehen. Die Steuerverwaltung leidet unter massivem Personalmangel. Der daraus resultierende Veranlagungsrückstand ist immens. Die hohe Arbeitsbelastung hat in den vergangenen Jahren zusätzlich zu krankheitsbedingten Ausfällen und Kündigungen geführt – was die Situation weiter verschärft. Der Regierungsrat beantragt eine Aufstockung des Personaletats in der Steuerverwaltung von 44 Stellen. Das würde Ausgaben in der Höhe von rund 2,3 Millionen Franken generieren.

Zu viel, findet die GFK. Ihr Kompromissvorschlag ist eine Erhöhung um 28,8 Stellen, was einem Nachtragskredit von rund 1,5 Millionen Franken entspricht. Das Eintreten ist unbestritten. Fast alle Fraktionen machen klar: sie unterstützen den GFK-Vorschlag. Wenn auch manchmal zähneknirschend. «Ein so grosser Missstand weist unweigerlich auf eine Misswirtschaft hin», sagt Sandra Reinhart (Arbon), Fraktionspräsi-



Sieht die Felle davonschwimmen: Finanzchef Urs Martin hat mit seinem Antrag auf eine Personalerhöhung um 44 Stellen keine Chance.

Bild: Ralph Ribli

dentin der Grünen. Streitigkeiten würden jedoch niemanden weiterbringen. «Wir geben deshalb grünes Licht.»

### Grosser Rat soll Versäumnisse korrigieren

«Die Schwierigkeiten existieren nicht erst seit gestern», sagt FDP-Parteipräsident Gabriel Macedo (Amriswil). Bereits vor vier Jahren habe man auf den Personalnotstand aufmerksam gemacht, passiert sei nichts. Man habe geschlampt. «Es liegt nun an uns, die Versäumnisse zu korrigieren.» Die derzeitige Situation, so befürchtet er, bringe am Ende noch einen Vertrauensverlust bei der Bevölkerung. «Die FDP prüft jede Stellenerhöhung, aber wir müssen handeln, die Probleme sind offensichtlich», sagt er. SP-Fraktions Sprecher Christian Koch (Matzingen) macht klar, dass seine Partei diese Kröte schlucken wird. Ganz einverstanden mit dem Vorgehen ist man jedoch nicht. «Wir nehmen zur

kenntnis, dass der Finanzminister die Steuerverwaltung aus seinem angezettelten Verteilungskampf herausnimmt», sagt Koch. Der GFK-Vorschlag setze zudem auf das Prinzip Hoffnung und sei mit einer Teilerhöhung des Stellenetats keine wirkliche Lösung. «Wir erachten das Vorgehen als ungut, aber die Alternative wäre noch unguter.» Als Zeichen höchster Not interpretiert GLP-Fraktionspräsident Reto Ammann die Dringlichkeit des Geschäfts. Hans Feuz (Altnau) von der Fraktion Mitte/EVP bescheinigt dem Regierungsrat immerhin, dass er das Problem erkannt habe. Ein indirekter Freipass für eine Personalerhöhung bis 2029 komme hingegen nicht infrage. Der Regierungsrat gehe zu weit, man befürworte den GFK-Vorschlag.

### SVP wünscht sich mehr Selbstkritik

SVP-Sprecher Heinz Keller bringt ein weiterer Gedanken ins Spiel: «Mich enttäuscht, dass

offenbar alle alles richtig gemacht haben sollen. Niemand räumt Fehler ein. Dann wäre doch alles perfekt. Oder doch nicht? Selbstkritik würde Vertrauen schaffen. Es können Fehler passieren.» Eine Schelte führe jedoch nicht zum Ziel, denn eine Lösung sei dringend und rasch nötig. Diese sei im Moment eine Stellenaufstockung.

### Urs Martin übernimmt Verantwortung

Der Einigkeit aller Fraktionen trotz EDU/Aufrecht. Die immense Zahl der Erhöhung zeige, dass einiges «gehörig im Argen liegt», sagt Fraktionspräsident Marcel Wittwer (Schocherswil). «Wir fordern den Regierungsrat auf, seine Verantwortung nochmals klar zu benennen.» Weiter findet die Fraktion, dass auch der GFK-Vorschlag zu weit gehe und damit der Leidensdruck zu sehr abnehme. «Wir sehen den Handlungsbedarf, aber wir lassen uns nicht erpressen.» Die Fraktion lehnt deshalb beide

Vorschläge ab. Finanzdirektor Urs Martin sieht die Felle davonschwimmen. Für den von der Regierung geforderten Nachtragskredit von 2,3 Millionen Franken ist im Saal niemand zu haben. Obwohl die zusätzlichen 44 Stellen dringend benötigt würden, sei man froh um jede einzelne, die man erhalte. Zu den mehrfach angetönten Schulduweisungen und mit Bezug auf ein Mail, das drei seiner Vorgänger verfasst haben, sagt er Folgendes: «Es ist völlig unerheblich, wer was vielleicht in der Vergangenheit verpasst hat. Ich bin der aktuelle Amtsinhaber und ich trage die Verantwortung. Deshalb entschuldige ich mich stellvertretend für alles.»

Doch die Regeln des Kollegialitätsprinzips würden auch gegenüber Vorgängern oder Nachfolgern gelten, sagt er, um doch noch einen Seitenhieb zu platzieren. Am Ende genehmigt der Grosse Rat den GFK-Vorschlag mit 116 Ja- zu 6 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

# Berufslehre von niemandem infrage gestellt

Dies lässt sich als Fazit aus einer Diskussion des Grossen Rates zur Frage «Handwerk oder Studium?» ziehen.

Hans Suter

Die Berufslehre hat im Thurgau goldenen Boden und wird sowohl von der Regierung als auch vom Grossen Rat mit viel Lob bedacht. Dennoch ist der Blick in die Zukunft nicht sorgenfrei. «Seit Jahren wird der Mangel an ausgebildeten Berufsleuten beklagt im Sinn von: Je höher die Qualifikation, desto höher die Nachfrage», gibt der Langrickenbacher SVP-Kantonsrat Urs Schär zu bedenken. «Nun zeichnet sich aber ab, dass auch immer mehr tiefer oder nicht qualifizierte Berufsleute gesucht werden», wobei «tiefer oder nicht-qualifiziert» keinen wertenden Charakter habe, sondern

lediglich den Ausbildungsweg in Jahren beschreiben soll.

Mehr als die Hälfte der 25- bis 34-Jährigen in der Schweiz hätten heute einen Abschluss der höheren Berufsbildung oder einen Hochschulabschluss. Es



SVP-Kantonsrat Urs Schär ist die Stärkung der Berufslehre ein Anliegen. Bild: Ralph Ribli

sei deshalb wichtig, den Wert der Berufslehre wieder vermehrt in den Vordergrund zu rücken. Vor diesem Hintergrund hat Schär zusammen mit Judith Ricklin (SVP, Kreuzlingen) und Jürgen Häberli (SVP, Landschlacht) eine Interpellation mit acht Fragen zur Stärkung der Berufslehre an den Regierungsrat gerichtet.

### Berufslehre wird nicht infrage gestellt

Im Grossen Rat rennen sie damit offene Türen ein. Ohne eine einzige Gegenstimme spricht sich dieser für die Diskussion aus und nutzt sie mit zehn Wortmeldungen ausgiebig. Der Tenor: «Die Berufslehre ist ein

zentraler Bestandteil unseres Bildungs- und Wirtschaftssystems», wie sich Reto Ammann (GLP, Kreuzlingen) ausdrückt. Der Thurgau verfügt über einen vergleichsweise hohen Anteil an jungen Menschen, die eine Berufslehre absolvieren, wie der Weinfelder SP-Kantonsrat Keny Greber anmerkt. Mehr als 90 Prozent aller Jugendlichen im Thurgau haben laut Peter Dransfeld (Grüne, Ermatingen) nach der Schulzeit eine Anschlusslösung, 72 Prozent können gemäss Marc Rüdistöli (Mitte, Sirmach) eine Berufslehre und 19 Prozent eine gymnasiale oder Berufsmatura ausweisen.

Lukas Madörin (EDU, Weinfelden) beklagt, es herrsche ein

Klassenunterschied zwischen Berufslehre und akademischer Bildung. «Die Berufslehre ist bekannt, aber zu wenig anerkannt», bringt es Judith Ricklin (SVP, Kreuzlingen) auf den Punkt. Ein starkes Lobbyieren ist aus der Sicht von Cornelia Hasler-Roost (FDP, Aadorf) aber nicht nötig. Viel wichtiger ist in den Augen von Jürg Marolf (Mitte, Romanshorn) die Rolle der Erziehungsberechtigten.

Der Regierungsrat teilt die vorherrschende Meinung im Grossen Rat. Bildungsdirektorin Denise Neuweiler zieht das Fazit: «Die Berufslehre hat im Thurgau einen grossen Stellenwert und wird von niemandem infrage gestellt.»